

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1922**

298 (21.12.1922)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 550 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 550 M; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 510 M monatlich, Einzelnummer 20 M.

Ausgabe: Verkaufs mittags. Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Abzugeben: Die einseitige Kolonialzeitung 40.— M, anderwärts 50.— M. Die Reichszeitung 150.— M; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif.— Annahmefrist 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Amerika beobachtet weiter kühle Zurückhaltung

Ueber die Haltung Amerikas lauten die Meldungen immer noch sich widersprechend. Natürlich sind bei diesen Meldungen französische wie amerikanische Treibereien mit maßgebend. Aber eines scheint sicher zu sein: Amerika beobachtet kühle Zurückhaltung. Ohne Regelung der Reparationsfrage scheint man in Washington alle Anleiheprojekte für nutzlos zu halten. Es wird also, selbst günstigstenfalls, noch viel geredet, geschrieben und konferiert werden, ehe es zu einer wirklichen Aktion kommen kann. Es liegen folgende Meldungen vor:

W.D. London, 20. Dez. Die „Times“ melden aus Washington, von hoher amerikanischer Seite werde folgende Darlegung der amerikanischen Haltung gegenüber der europäischen Wirtschaftslage gegeben:

1. es würde vollkommen möglich sein, von einer internationalen Anleihe, die Deutschland zugute kommen würde und an der amerikanisches Kapital beteiligt sein könnte, zu sprechen, bevor die Reparationsfrage endgültig geregelt sei.
2. die amerikanische Regierung sei nicht der Ansicht, daß die Fragen der Schulden der alliierten Staaten an Amerika als einen Teil des Reparationsproblems angesehen werden sollten.
3. Die Vereinigten Staaten wünschten nicht und nehmen auch keineswegs an, daß irgendwo genötigt werde, daß die Summe, die Deutschland zahlen solle, in einer Höhe festgesetzt werde, die zu dem Argwohn Anlaß gebe, daß Deutschland gesteuert werden soll, sich seinen Krediten Verpflichtungen zu entziehen. Nach dem Korrespondenten kann und will die amerikanische Regierung Rat erteilen und ihren Einfluß zur Geltung

bringen, aber unter keinen Umständen wird sie irgend eine Aktion ergreifen, die die Übernahme irgend einer Verantwortung bedeuten würde.

W.D. New York, 20. Dez. Herr Lamont von der Morgan-Gesellschaft erklärte bei einem Festmahle, Zeitungsberichte riefen den Eindruck hervor, als ob das Ersuchen des deutschen Botschafters um ein Darlehen abgewiesen worden sei. Er bemerkte noch: Wir sagten dem Botschafter, eine Anleihe sei unmöglich, weil gegenwärtig das amerikanische Publikum nicht daran denken würde, Schatzanweisungen zu kaufen. Ferner, wir könnten dem investierenden Publikum Zeichnungen auf eine solche Anleihe augenblicklich nicht empfehlen.

W.D. London, 20. Dez. Der „Daily Telegraph“ schreibt, Staatssekretär Hughes bekannte bei dem kürzlich geschlossenen unterirdischen Meinungsaustausch mit den Diplomaten der Alliierten in Washington die sehr harten Lehren, die von der amerikanischen öffentlichen Meinung bezüglich Sanktionen oder der Beschlagnahme von Häusern, wie die Besetzung des Ruhrgebietes, gehen werden. Hughes hob die Wichtigkeit der Ansicht hervor, die von der internationalen Bankwelt hinsichtlich der praktischen Regelung des gesamten Reparationsbetrages vertreten werde. Dem Blatt zufolge soll abgemacht werden, ob Washington entweder direkt oder durch einen Beobachter in der kommenden Pariser Konferenz förmlich die Vermittlung der Entscheidung über eine der wichtigsten Seiten des Reparationsproblems an den Bankierauschuß vorschlägt.

### Wiederaufnahme der Arbeit in der Badischen Anilin- und Sodafabrik

Ludwigshafen a. Rhein, 21. Dez. Bis heute mittag sind 7000 Arbeiter eingestellt, mit den gestern angemeldeten zusammen 8000. Die Aufnahme der Arbeit erfolgt schrittweise, weil die Betriebe in ganz bestimmter Reihenfolge die Arbeit aufnehmen müssen. Da auch der Säurebetrieb von den Streikenden zum Erliegen gebracht worden ist, so bedarf es einiger Tage, bis dieser Betrieb seine Erzeugnisse, welche als Zwischenprodukte für die Farbstoffabteilungen liefern kann, die dann ihrerseits die Arbeit aufnehmen werden.

### Rentenerhöhung für Arbeitsinvaliden und Kriegsopter

Durch Verordnung vom 26. Oktober ds. Js. sind die Unterstützungssätze auf Grund des Notstandsgesetzes vom 7. Dez. 1921 bei einer Alters- oder Invalidenrente von 7200 auf 18 000, bei einer Witwen- oder Waisenrente von 5700 auf 15 000, bei einer Waisenrente von 3200 auf 7000 M erhöht worden. Angesichts der geradezu verheerenden Notlage der Betroffenen beantragten die Sozialdemokraten im Oktober bereits eine Verdoppelung der vorgezeichneten Unterstützungssätze. Nach den Anträgen der SPD. sollte die Unterstützung erhöht werden von 7200 auf 22 800, von 3200 auf 12 800, das nicht anzurechnende Arbeitseinkommen von 4000 auf 16 000 M. Außerdem sollte bei Berechnung des Jahreseinkommens für jedes Kind der Betrag von 3200 bzw. 4000 M, die Bezüge aus öffentlichen Kassen sowie aus privaten Pensionskassen oder aus Werkstätten von 1200 auf 4800 M erhöht werden. Die bürgerlichen Parteien lehnten diese beschriebenen sozialdemokratischen Anträge kalten Herzens ab; für beschlossene, die Sätze von 7200 auf 18 000, von 5700 auf 15 000, von 3200 auf 7000 M zu erhöhen; für die Erhöhung der Kinderbeihilfen hatten sie kein Verständnis.

Angesichts der weiteren Geldentwertung und überzeugt von der Unzulänglichkeit der bisher getroffenen Maßnahmen sah sich das Reichsarbeitsministerium veranlaßt, noch kurz vor Eintritt der Weihnachtsferien dem Reichstagsauschuß eine neue Verordnung vorzulegen, die eine Verdoppelung der Sätze vom 26. Oktober d. J. vorsah. Bei Berechnung des Jahreseinkommens sollte für jedes Kind der Betrag auf 1000 M (bisher für die ersten vier Kinder je 500, für jedes weitere Kind je 600 M), die Bezüge aus öffentlichen Kassen sowie aus privaten Pensionskassen usw. von 1200 auf 6000 M erhöht werden.

Die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder fanden die Regierungsvorschläge für unzureichend und beantragten, die Unterstützungsgrenze für eine Alters- und Invalidenrente (der Begriff „Altersrente“ fällt mit dem 1. Januar 1923 weg; Invalidenrente erhält der Versicherte, der das Alter von 65 Jahren vollendet hat oder infolge von Krankheit oder Gebrechen dauernd invalide ist) von 18 000 auf 43 200, für eine Witwen- oder Waisenrente von 15 000 auf 34 200, für eine Waisenrente von 7000 auf 19 200 M, den Betrag von 1000 M für jedes Kind auf 6000 M zu erhöhen. Nach eingehender Begründung der Anträge stimmte der Ausschuß den Anträgen zu mit der Ausnahme, daß anstatt der Ausschuß den Anträgen zu mit der Ausnahme, daß anstatt 6000 M für jedes Kind 3000 M festgesetzt wurden. Am 1. Dezember ds. Js. beträgt demnach die monatliche Rente eines Alters- oder Invalidenrentners 3600, eines Witwen- oder Waisenrentners 2850 M und eine Waisenrente 1600 M. Der Ausschuß nahm noch eine Entschärfung an, die die Regierung ersucht, dem Reichstag in kürzester Frist einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die gesetzliche Unterhaltspflicht und die vertraglich übernommenen Verpflichtungen für die Leistung von Unterstützungen an Angehörige dem gesunkenen Geldwert entsprechend neu regelt.

Die Zulagen zu den Renten aus der Unfallversicherung gemäß der Verordnung vom 4. Oktober ds. Js. sind verdreifacht worden. Diese erhöhten Zulagen werden für die Zeit nach dem 30. Nov. ds. Js. gewährt. Ein Gesetzentwurf über weitere Erhöhung der Zulagen, der einige grundsätzliche Änderungen vorsah, wurde dem Ausschuß überwiesen. Er soll im Januar beraten werden.

Soweit die Kriegsopter gemäß des Gesetzes vom 21. Juni ds. Js. Forderungszuschüsse beziehen, erhalten sie aufgrund einer neuen Verordnung vom 1. Dez. ds. Js. ab eine weitere Erhöhung um 20 bis 25 Prozent. Unsere Genossen fanden diese Beträge, die noch vor Weihnachten zur Auszahlung kommen sollen, für völlig ungenügend und forderten eine stärkere Berücksichtigung besonders der Schwerbeschädigten, die nur auf die Rente angewiesen sind. Die Regierung erklärte, daß sie die Januar-Rente um das Vierfache erhöhen werde. Der 10. Ausschuß nahm dazu eine Entschärfung an, die die Regierung ersucht, die für Januar in Aussicht genommene Erhöhung derart vorzubereiten, daß darin für den Monat Dezember eine nochmalige Nachzahlung enthalten ist.

So erweislich es ist, daß es noch vor Weihnachten möglich war, für die Kernsten unseres Volkes eine Erhöhung ihrer kümmerlichen Bezüge durchzusetzen, so ist auch diese Hilfe keinesfalls ausreichend, und nach wie vor wird es Aufgabe der Sozialdemokratie sein, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß soviel die Arbeitsinvaliden, wie die Kriegsopter vor dem Hungertode bewahrt werden.

### Kämpfe zwischen Faschisten und Kommunisten in Turin

#### Greuelthaten der Faschistenbanden — Die Faschisten als staatliche Miliz

Aus Turin wird gemeldet: Infolge eines nächtlichen Anfalls der Kommunisten auf die Faschisten in Turin, wobei zwei Faschisten schwer verletzt und ein anderer leicht verletzt wurden, hat die faschistische Parteileitung die allgemeine Mobilisierung ihrer Kräfte in Turin angeordnet. Die Arbeitskammer wurde besetzt. Ein kommunistischer Abgeordneter wurde schwer verletzt. Ein ebenfalls in der Arbeitskammer anwesender kommunistischer Gemeinderat wurde später im Freien erschossen aufgefunden. Mittwochs morgen 2 Uhr wurde die von den Faschisten besetzte Arbeitskammer durch Brandbomben in Brand gesetzt; das Gebäude brannte lichterloh und die Faschisten schürten das Feuer fortwährend, um das Haus vollständig zu zerstören. Die Überfälle auf kommunistische und sozialistische Führer dauern fort. Der Sekretär des Metallarbeiterverbandes von Turin wurde auf der Straße in schwerverletztem Zustande aufgefunden; ferner fand man die Leiche des bekannten kommunistischen Führers Andreas Cusani. Die Kämpfe zwischen den Kommunisten und Faschisten in Turin haben bisher sieben Todesopfer gefordert, meistens kommunistische und sozialistische Führer. Man erwartet ein energisches Eingreifen der Regierung gegen die extremen Elemente der Faschisten.

Die Ankunft des faschistischen Unterstaatssekretärs und Oberkommandierenden der Schwarzhemden, de Borch, wird in Turin erwartet.

Die Gesamtzahl der Opfer des faschistischen Mordzuges gegen die Kommunisten und Sozialisten in Turin ist auf zehn gestiegen. Die Faschisten haben in der Nacht acht ihrer Gegner, darunter einen kommunistischen Gemeinderat und den Sekretär des

Metallarbeiterverbandes, an einjamen Stellen meuchlings ermordet. Die Missetäter sind entsetzt über dieses Schreckenregiment der Faschisten. Die Faschisten ihrerseits machen geltend, sie seien von den Kommunisten herausgefordert worden.

Die Faschisten haben in Turin außer der Arbeitskammer auch den neuen Sitz des kommunistischen Organs „Ordine Nuovo“, mehrere Klubs und ein Erholungsheim der Eisenbahner in Brand gesetzt. Ueber zwanzig Verletzte wurden in die Spitäler übergeführt. Abteilungen von Faschisten nahmen auf eigene Faust bei ihren Parteigängern Hausdurchsuchungen vor. Mehrere Kommunisten wurden gewaltsam abgeführt. Nach den Missetätern hat der Unterstaatssekretär de Ricci den Faschisten von Turin seine Solidarität ausgesprochen.

Der Generalkommandant der faschistischen Miliz und Staatssekretär de Borch hat dem Ministerpräsidenten ein Dekret für die Einverleibung der faschistischen Miliz in die staatliche Wehrmacht unterbreitet. Danach erhält die neue Miliz den Namen „Miliz für die nationale Verteidigung“. Obwohl sie in die staatliche Wehrmacht eingefügt wird, behält sie ihre vollkommene Unabhängigkeit. Der neuen Miliz können alle Faschisten von 17 bis 50 Jahren beitreten; die Offiziere werden durch königliche Dekrete ernannt. Das schwarze Hemd ist als reglementarische Uniform vorgeschrieben.

Rom, 20. Dez. Wie der Staatssekretär des Innern mitteilt, bedeutet die Begründung einer besonderen staatlichen faschistischen-Miliz eine Stärkung des Faschismus von allen gefährlichen Missetätern. Die Regierung hofft mit dieser Maßnahme einen großen Schritt auf dem Wege der Versöhnung zu tun. (1)

### Der Streit um die Meerengen auf der Konferenz in Lausanne

#### Ein türkisches Projekt

Lausanne, 19. Dez. In der Sitzung der Kommission über die Meerengenfrage überreichte die türkische Abordnung folgenden Projekt:

1. Es wird eine Kommission gebildet, die ihren Sitz in Konstantinopel hat und den Namen Meerengenkommission führt.
2. Sie steht unter türkischem Vorsitz und setzt sich aus Vertretern Frankreichs, Englands, Italiens, Japans, Bulgariens, Rumäniens, Südslawiens, Russlands, der Ukraine und Georgiens zusammen. Der Anschluß der Vereinigten Staaten an dieses Abkommen verleiht ihnen das Recht, ebenfalls Vertreter zu entsenden.
3. Die von den Delegierten in der Kommission verurteilten Kosten werden von den betreffenden Regierungen getragen.
4. Die Kommission hat die Aufgabe, die Durchführung der Bestimmungen über die Beschränkung der Kriegsschiffe sicherzustellen.
5. Die Meerengenkommission übt ihre Tätigkeit unter den Aufsicht des Völkerbundes aus, dem sie jährlich einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit vorlegt.

Lausanne, 19. Dez. Ueber die heutige Sitzung wird folgendes mitgeteilt: Curzon bezeichnete das russische Gegenprojekt als unannehmbar für die Alliierten. Hinsichtlich der anderen Projekte seien die Alliierten zu einigen letzten Zugeständnissen bereit. Jümez Pascha betonte nochmals, daß eine Einmütigkeit

der Meerengenkommission in die türkischen Angelegenheiten unannehmbar sei; andererseits seien die alliierten Zugeständnisse nicht ausreichend. Der Garantie-Ausschuß des Völkerbundes müsse durch eine andere Organisation ersetzt werden. Jümez Pascha verwies auf die Lösung der Kanalfrage durch den Völkerbund; er wüßte ein mehr individuelles System. Dieses System müsse in Form eines Abkommens von allen Signatarmächten des Vertrages unterzeichnet werden. Schließlich forderte er, daß außer England auch Georgien und die Ukraine als Uferstaaten des Schwarzen Meeres an der Kommission teilzunehmen hätten, während Griechenland doch nicht hineingehöre. Tschitscherin behauptete, daß die Alliierten das russische Projekt nicht gründlich geprüft hätten, und forderte nochmals, daß Deutschland in der internationalen Kommission vertreten sein soll, da es bedeutende Interessen am Schwarzen Meere habe. Die Vertreter der kleinen Entente sprachen sich für das Projekt der Alliierten aus.

Lausanne, 19. Dez. Als sich auch in der heutigen Sitzung der Meerengenkommission die Debatte in die Länge zog, erklärte Lord Curzon, indem er mit der Faust auf den Tisch schlug: „Es muß ein Ende gemacht werden, ich habe genug davon.“

M.T. Lausanne, 20. Dez. In der Frage eines deutschen Sitzes in der Meerengenkommission, der in dem russischen Meerengenprojekt gefordert wird, gab der Führer der russischen Abordnung dem Vertreter des V.D. folgende Erklärung ab: Wenn man eine internationale Kommission gründet, deren Aufgabe es ist, an der Handelsfähigkeit in den Meerengen mitzuwirken, so ist es selbstverständlich eine Notwendigkeit, daß auch

### Existiert die deutsche Arbeiterbewegung nicht für den Reichskanzler Dr. Cuno?

Das Reparationsproblem scheint nach der Auffassung der jetzigen Reichsregierung nur die Unternehmer, nicht aber die Arbeiter zu interessieren, die in der Hauptsache an der Durchführung unserer Verpflichtungen gegenüber dem Ausland beteiligt sind. Das muß man wenigstens annehmen; denn bisher hat die Reichsregierung nicht daran gedacht, neben den vielen Bankiers und Industriellen auch maßgebende Vertreter der Gewerkschaften über die Reparation zu befragen. Die Zahl der Gewerkschaften über die Reparation zu befragen. Die Zahl der Gewerkschaften über die Reparation zu befragen. Die Zahl der Gewerkschaften über die Reparation zu befragen.

Das Reichsfinanzministerium hat am Montag zwei Kamine ausarbeiten lassen, die sich mit der endgültigen Lösung des Reparationsproblems befassen. Nach der Weihnacht soll über diese Kamine mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie beraten werden. Beide Ausarbeitungen sind auf das System der Annuitäten aufgebaut.

### Erregte Stimmung bei den Eisenbahnern

Im Reichsfinanzministerium fanden am Dienstag vormittag die am Montag abgefragten Verhandlungen mit den Vertretern der Spitzenorganisationen der Beamten und Staatsarbeiter statt. Ministerialrat v. Schlieben konnte in Vertretung des Reichsfinanzministers keine bestimmten Zusagen über neue Verhandlungen machen. Seine Ausführungen beruhten durchwegs auf der Annahme, daß wenig Aussicht zu neuen Verhandlungen im Laufe dieses Monats besteht. Die Organisationen haben zu der Situation noch nicht Stellung genommen, sind aber in großer Sorge darum, daß die sich überall bemerkbar machende Unruhe zu neuen Störungen des Eisenbahnverkehrs führen könne. In Preußen ist es bereits zur Arbeitseinstellung, zu Demonstrationen und Ultimatum gekommen; jedoch konnte der Zwischenfall bald beigelegt werden. Besonders ernst sieht man in Eisenbahnerkreisen die Lage im Westen des Reiches an. In Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Frankfurt a. M. und Ludwigshafen ist die Erregung der Eisenbahner überaus groß. Die letzte Lohn- und Gehaltszahlung hat nicht die gewünschte Anfechtung an die Höhe der Lohnsätze herbeigeführt. In Düsseldorf a. V. bleiben die Stundenlöhne der Staatsarbeiter um 100 M. hinter denen der Industriearbeiter zurück. Bei der Westfälischen Zentrale des Eisenbahner-Verbandes laufen ununterbrochen Petitionen gegen die letzte Lohnregelung ein. Es wird aller Kraft der Organisation bedient, um Betriebsstörungen, wie wir sie in den letzten Jahren schon immer in der Westschiffahrt gehabt haben, zu vermeiden.

An emstlichen Stellen glaubt man, daß ein Anlaß zu irgend welchen Demonstrationen nicht vorhanden ist.

### Die Not der Zeitungen in Danzig

Dr. Danzig, 19. Dez. (Sig. Ber.) In eine schwere Notlage gerät die Presse in den ehemals deutschen Provinzen Polens, weil die Papierpreise ebenso wie in Deutschland ungeheure Steigerungen aufweisen. So sind in Danzig im Vergleich zum Monat November um 52 Proz. im Dezember gestiegen, nämlich von 755 M auf 1150 M für ein Kilo. Bis jetzt kostete ein Wagen (10.000 Kilo) 7.500.000 M; vom 1. Dezember ab kommt er auf 11.500.000 M und einschließlich Transportkosten auf 12 Millionen. Preismarkt zu stehen. Infolgedessen sind auch die Preise für die Zeitungen gewaltig in die Höhe gegangen. Eine Nummer kostet jetzt 140 Polenmark.

### Romeo und Julia auf dem Dorfe

Erzählung von Gottfried Keller (Hortiquana.) Die Bauern schloßen eine Weile, dann fing Franz wieder an: „Schad ist es aber doch, daß der gute Boden so desolieren muß, es ist nicht zum Ansehen, das geht nun schon in die zwanzig Jahre so und keine Seele fragt darnach; denn hier im Dorf ist niemand, der irgend einen Anspruch auf den Acker hat, und niemand weiß auch, wo die Kinder des verstorbenen Trompeters hingelommen sind.“ „Um!“ sagte Marti, „das wäre so eine Sache! Wenn ich den schwarzen Geiger aufsehe, der sich bald bei den Heimallosen darauf hinarbeitet, daß er den Enkel des Trompeters ist, der freilich nicht weiß, daß er noch einen Acker hat. Was läte er aber damit? Einen Monat lang sich besaufen und dann nach wie vor! Jndem, wer dürfte da einen Wint geben, da man es doch nicht sicher wissen kann!“ „Da könnte man eine schöne Geschichte anrichten!“ antwortete Franz, „wir haben so genug zu tun, diesen Geiger das Heimatsrecht in unserer Gemeinde abzukämpfen, da man uns den Fehel fortwährend aufhalsen will. Gedenke sich seine Eltern einmal unter die Heimallosen begeben, so mag er auch dableiben und dem Knecht das Geigeln freilassen. Wie in aller Welt können wir wissen, daß er des Trompeters Sohnesein ist? Was mich betrifft, wenn ich den Acker auch in dem dunklen Gesicht vollkommen zu erkennen glaube, so sage ich: treten sie menschlich, und das geringste Fehden Papier, ein Stücklein von einem Taufstein würde meinem Gewissen besser tun, als zehn hundertfache Menschensehler!“ „Gut, lieber Herr!“ sagte Marti, „er sagt zwar, er sei nicht schuld, daß man ihn nicht getauft habe! Aber sollen wir unsere Taufsteine tragen machen und in den Wäldern herumirren? Er steht fest in der Kirche und dafür ist die Totenbescherer tragen die brauchen an der Mauer hängt. Wir sind schon überflutet im Dorf und brauchen bald zwei Schalmestler!“ „Denn mit der Maßzeit und das Zwiesgespräch der Bauern jenenbet und sie erhoben sich, den Rest ihrer heutigen Vormittagsarbeit zu vollbringen. Die beiden Kinder gingen, welche schon den Plan entworfen hatten, mit den Vätern nach Hause zu gehen, sogen ihr Fußsteck unter den Schutz der jungen Mütter und begaben sich dann auf einen Streifzug in dem wü-

Die Abmontierung ist natürlich infolge dessen in letzter Zeit stark zurückgegangen und es wird befürchtet, daß bei einem weiteren Ansteigen des Papierpreises viele Zeitungsverleger ihre Betriebe nicht mehr aufrecht erhalten können.

### Demonstrationen im thüringischen Landtag

Dr. Weimar, 19. Dez. (Sig. Bericht.) In der heutigen Landtagssitzung kam es auf beiden Ausschüssen zu fortgesetzten Unruhen, die jede Ausrufung des Präsidenten und der Minister unmöglich machten, sodas schließlich die Tribünen polizeilich geräumt werden mußten. Die Unruhen entstanden, als der Präsident geschäftsordnungsmäßig bekanntgab, daß die von der Sozialdemokratischen Partei und den Kommunisten gestellten Anträge zur Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und Ergriffung anderer Hilfsmaßnahmen am Mittwoch beraten werden sollen. Die Demonstranten verlangten sofortige Vertagung und Beschlußfassung. Vor dem Landtagsgebäude setzten die Demonstranten ihre Kundgebung fort, sodas auch hier die Schuttpolizei zum Einschreiten gezwungen war.

### Eine lebenswahre Zeichnung der Kommunisten durch ein kommunistisches Blatt

Der letzte Betriebsrätekonferenz In der Hamburger kommunistischen „Arbeiterzeitung“ finden wir dieses marmorartig hier wiedergegebene Stimmungsbild vom Betriebsrätekonferenz der R.F.D.: „Der Menschheit ganzer Völker packt einen, wenn man sieht, wie das Proletariat stuppenweise geistlich zurückgeworfen wird. Was sich da in der „Neuen Welt“ zu Reußlin abspielte, dürfte das letzte matte Aufblitzen eines künftigen geschichtlichen Strohstängels sein. Das Wissen der R.F.D., die Gewerkschaften mühten um Gotteswillen doch die nur einmal eingedellte Betriebsrätebewegung weiterzuführen, hat keine tiefere Ursache. Niemand, weder die Urheberin dieser „Bewegung“, die R.F.D. Zentrale, noch die Teilnehmer an dem Betriebsrätekonferenz haben einen Hoffnungsschimmer, daß dabei etwas herauskommen kann. Das nächste an dem Theater ist der Name. Lediglich die Regie Koppel. Nach der „Roten Fahne“ waren etwa 348 Teilnehmer vertreten. Die meisten dürften Betriebsräte gewesen sein. Die Bühne war verunkelt durch eine Leinwand mit einer Zeichnung, die wohl einen Kofferapparat oder eine Karstoffkammer darstellte. Auf einem Wegweiser dieses ominösen Zeichnunges steht: „Ausland! Geflüchtet wird das durch ein Transparenz: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein. Aus diesem Grunde hätte man wahrscheinlich die Minister, Parlamentarier, R.F.D. und die Gewerkschaftsbürokratie eingeladen. Denn Karl Marx wird von diesen wirklich guten und harmlosen Gewerkschaftsmitgliedern so ausgelegt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse mit einer Arbeiterregierung und Befreiung des Profits vollzogen ist. Minister und Bürokratie waren nun zwar nicht erschienen, dafür aber eine Reihe Vereine, die diesen „Sonntag“ ebenso gut illustrierten: Konsumvereine, Landwirte und Bauernvereinigungen, Verein Berliner Hausfrauen, Verein der Wohnungsuchenden usw., Berufsvereine und Heilarmee noch, und das war — beinahe hätten wir es vergessen — die A.M. (Einheits-alle Politik und alle Parteien; sind die Parteien aber für Betriebsrätepolitik, so ist die A.M.-Einheitskonfession auch für Konsumpolitik. Der Vertreter bringt die wesentlichen — einheitswegung mit Europa betriebe! Er sei überzeugt, daß die Bewegung nicht kommunistisch sei, und deshalb sei er hier!“ Von den Revolutionärsgelehrten, von den Schiebern des ganzen Apparats sah man nur vorübergehend einzelne. Das Groß bestand wohl aus verarmten Proletariaten, die von ihren Führern einen Wint erwarteten, wie das nächste Ende dieser „Bewegung“ abgemeldet oder hinausgeschoben werden kann. Jendenden, der dann senus war, von diesem Theater etwas zu erwarten, haben wir weder aus der Diskussion noch aus den einzelnen Einzelgesprächen herausgehört. Grenzlose Verzweiflung ist die Signatur. Treud eines Schicksals ist nicht einmal angebeudet worden. Kein Wort, das nicht schon unzählige Male in der „Roten Fahne“ fand. Wie der bekannte Geis auf dem Dache wirken die vielen Diskussionsredner, die keine Resolutionen, sondern „Witze und Witze“, „konkrete Vorschläge“ haben wollen. Den Sinn des großen roten Transparenz mit dem Marxwort von der Befreiung der Arbeiterklasse hat niemand

verstanden. „Führer helf!“ ist der rote Faden im Unterbewußtsein. Ein hümmerlicher Kagenhammer wird einziehen, wenn die Delegierten ihren Wählern daheim Bericht erstatten sollen.“

### Badische Politik

#### Ausschuss für Gesetze und Beschlüsse

Am 15. Dezember beschäftigte sich der Ausschuss für Gesetze und Beschlüsse mit dem Entwurf des Gesetzes über die Abänderung der Reichsfinanzministerien. Das Gesetz der Gemeinde Hagen wurde empfohlen überwiesen. — Mehrere Gesetze von Art- und Zwangsvereinen wurden durch Überweisung zur Kenntnisnahme erledigt. Bezüglich der Zwangsvereine ist grundsätzlich herabgesetzt worden, daß Angehörigen in den Einkunftsgruppen der Gehaltsklassen vermieden werden müssen. Der Regierungsvorbericht erklärte, daß Verhandlungen mit dem Reichsfinanzministerium wegen Verbesserung der Lage der Alt- und Zwangsvereine im Gange sind. — In einer eingehenden Debatte führte das Gesetz der badischen Beamtenkammer wegen Abänderung der Verordnung über die Dienstprüfung. Die Beamten fordern die Verringerung des Titels „Rechtsrat“. Der Ausschuss für Gesetze und Beschlüsse hat sich für die Verringerung des Titels „Rechtsrat“ als Berufsbegründung. Demnach sprechen sollte auch der Titel „Rechtsrat“ als Berufsbegründung. Demnach sprechen sollte auch der Titel „Rechtsrat“ als Berufsbegründung. Demnach sprechen sollte auch der Titel „Rechtsrat“ als Berufsbegründung.

### Die Siller-Garde wird gemeinschaftlich

Unser kürzlicher Hinweis auf die seltsame Figur des Führers der badischen Nationalsozialisten, des Dr. Siller, wird wirksam ergänzt durch die Meldungen der Tagespresse, daß in Pforzheim die Sillergarde von unsern Parteigenossen ausgebaut wurde, als sie dortselbst eine Verammlung abhalten wollte — Siller selbst war nicht erschienen —, daß man in Württemberg die Veranstaltung von Verammlungen der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei bis auf weiteres überhaupt verboten hat und daß der preussische sozialistische Minister des Innern, Gen. Seebach, kürzlich einem Vertreter des badischen „Tagelohns“ erklärte, „jeder Versuch, nationalsozialistische Methoden auf preussisches Gebiet zu übertragen, würde nicht nur mit einer ausreichenden Zahl von Polizeimannschaften, sondern auch mit solchen Kampfmitteln bedroht werden, daß die Herzen eines solchen Vorkommens nicht zu den angezeichneten Epitaphen ihres Lebens zählen werden.“ (Waden hat bekanntlich schon im Juli d. J. ein Verbot aller nationalsozialistischer Agitation erlassen.)

Inzwischen verlegen sich die fanatischen Sillerteute auch auf die schristliche Agitation. In manden Strahenden und Hauslären sind keine Zettel nebenstehenden Inhalts angeklebt.



Also Sillerteute und Sillergardisten, da laßt sich nicht fehlen! Nun, man wird nachsehen sein und die badischen Organe haben befohlen, daß für sie in Baden nichts zu holen ist.

### PUTZT EURE OFEN NUR MIT EMMELINE

Neue vor der Magenden, und als sie dies merkte, hörte sie plötzlich auf und schlug ihn einmal mit der Rutte und er tat, als ob es ihm noch täte, und schrie auf so natürlich, daß sie zufrieden war und nun mit ihm gemeinschaftlich die Reinigung und Zerlegung fortsetzte. Sie köhrten Koch auf Koch in den Partierlein und ließen aller Euden die Kleie enttrönnen, welche sie sorgfältig auf einem flachen Stein zu einem hübschen Sammelten, umtrühten und aufmerksamer betrachteten. Das einzige Feste, was noch an der Rutte bestand, war der Kopf und wurde jetzt vorzüglich die Kumpelarbeit der Kinder erregten. Sie trennten ihn sorgfältig los von dem ausgequollenen Leinwand und aucten erkannt in sein hohles Innere. Als sie die beherstliche Höhlung sahen und auch die Kleie sahen, war es der nächste und natürlichste Gedankengang, den Kopf von der Kleie auszufüllen, und so waren die „Kumpelen“ der Kinder nun bestaigt, um die Rutte Kleie in den Kopf zu tun, so daß zum erstenmal in seinem Leben etwas in ihm feste. Der Knabe mochte es aber immer noch für ein totes Wesen halten, weil er plötzlich eine große blaue Fliege hing und, die summende zwischen beiden hohlen Händen salend, dem Mädchen gebot, den Kopf von Kleie zu entleeren. Darauf wurde die Fliege hineingeperrt und das Loch mit Gras verstopft. Die Kinder gielten den Kopf an die Ohren und setzten ihn dann feierlich auf einen Stein; da er noch mit der roten Mohblume bedekt war, so glück der Töndle jetzt einem weißagenden Haupte und die Kinder lauschten in tiefer Stille seinen Aunden und Wärdchen, in dessen sie sich umfingerten hielten. Aber jeder Prophet erweckt Schreden und Lndank; das wenige Leben in dem dürftig geformten Bild erregte die menschliche Grausamkeit in den Kindern, und es wurde beschloßen, das Haupte zu begraben. So machten sie ein Grab und legten den Kopf, ohne die gefangene Fliege um ihre Meinung zu befragen, hinein, und errichteten über dem Grab ein einfaches Denkmal von Feldsteinen. Dann empfanden sie einiges Bedauern, da sie etwas Geförntes und Weiches begraben hatten, und entfernten sich ein gutes Stück von der unheimlichen Stätte. Auf einem Gang mit grünen Akazien bedekten Blättern legte sich das Strahlen auf den Boden, da es müde war und begann in einträumer Weise einige Worte zu singen, immer die nämlichen, und der Junge lauschte daneben und half, indem er nicht wußte, ob er auch vollends umfallen sollte, so lässig und müßig war er. Die Sonne schien dem singenden Mädchen in den geöffneten Mund, beleuchtete dessen blendendweiße Zähne und durchsichtige merkte die runden Pupillen.

(Fortsetzung folgt.)







